Liebe Leserinnen und Leser,

im Laufe des Julis gab es wenig Überraschungen. In den USA wurde die Finanzmarktreform von den Lobbies der Wall Street verwässert, ähnliches droht nun auch weiteren Reformprojekten wie der Eigenkapitalausstattung nach Basel III. Bei der Finanztransaktionssteuer ist die Positionierung zu einer europäischen Einführung im Gange. Die nächsten wichtigen politischen Entscheidungen werden aber erst im Herbst erfolgen. Die Finanztransaktionssteuer soll Anfang September auf einer Sondersitzung der EU-Finanzminister thematisiert werden. Die Einführung in der EU scheint derzeit wegen des Widerstands Großbritanniens unwahrscheinlich. Bei der Euro-Zone wirkt die Frage noch unentschieden.

Ansonsten macht die Urlaubszeit sich auch bei den Kampagnenaktivitäten bemerkbar. Wir wünschen allseits einen schönen Sommer!

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

29. Juli: Sparkassen und Genossenschaften wehren sich gegen die geplante [Bankenabgabe](#). Sie sehen sich nicht als Verursacher der Krise.
22. Juli: Ungenannte Unions-Vereine beklagen sich laut [Welt](#) über mangelnde Rückendeckung der Franzosen bei der Finanztransaktionssteuer: "Da kommt von Frankreich keine echte Hilfe".
14. Juli: Bei einer Finanztransaktionssteuer sollen auch [außerbörsliche](#) Wertpapierverkäufe (OTC-Transaktionen) erfasst werden, so die CDU/CSU-Fraktion.
10. Juli: [Martin Kannegeißer](#), Chef des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall bekundet Sympathie für eine Finanztransaktionssteuer.
9. Juli: In einem [gemeinsamen Brief](#) an die belgische EU-Ratspräsidentschaft fordern Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und seine französische Amtskollegin Christine Lagarde den belgischen Finanzminister Didier Reynders auf, die Finanztransaktionssteuer auf die Tagesordnung des nächsten EU-Finanzministertreffens zu setzen. Eine Finanztransaktionssteuer sei "möglich und notwendig", heißt es in dem Brief.
9. Juli: Laut einer repräsentativen [Meinungsumfrage](#) halten 69 % der Deutschen eine FTS zur Armutsbekämpfung für sinnvoll, 35 % für sehr sinnvoll
7. Juli: In drei Anträgen ermuntern [SPD](#), [Grüne](#) und [Linkspartei](#) die Bundesregierung zu ihrem Engagement zur europäischen Einführung einer FTS. Kein entsprechender Antrag kommt aus der Union für die eigene Regierung.
2. Juli: Finanzminister [Schäuble](#) kündigt im Bundestag an, man werde sich mit dem Vorschlag für eine europäische Finanztransaktionssteuer an die belgische EU-Ratspräsidentschaft wenden. Wenn die Einführung einer FTS in der Europäischen Union scheitere, "sollten wir uns noch einmal der Frage nähern, ob wir das notfalls im Rahmen der Europäischen Währungsunion versuchen." Die LINKE fordert die Bundesregierung erneut zu einem Vorratsbeschluss auf.

Entwicklungen im Ausland:

30. Juli: Die [Bankenlobby](#) weicht die Reformpläne zur Eigenkapitalausstattung (Basel III) kräftig auf. Die wichtigen Regelungen zur Begrenzung riskanter Geschäfte sollen später in Kraft treten und werden abgemildert.
29. Juli: Belgiens Finanzminister Didier Reynders lädt die EU-Finanzminister für die zweite Septemberwoche zu einem [Sondertreffen](#) zu Bankensteuern ein. Dabei soll es auch darum gehen, die Einführung der FTS zu prüfen. Steuerkommissar Semeta wird dazu eine Stellungnahme vorlegen, im Oktober soll ein formelles Grundsatzzpapier folgen.
22. Juli: US-Ökonom [Jeffrey Sachs](#) fordert in einem Interview anlässlich der Welt-Aids-Konferenz erneut die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Bewältigung globaler Probleme.
16. Juli: Die "[Leading Group on Innovative Financing for Development](#)" stellt ihren Bericht "[Globalizing Solidarity Levy - the Case for Financial Levies](#)" vor, durch die der Finanzsektor an der Finanzierung globaler öffentlicher Güter beteiligt werden soll. Die beauftragte Experten-Task Force bestätigt, dass die Besteuerung von Finanztransaktionen machbar sei und fordert eine weltweite Transaktionssteuer auf Währungsgeschäfte.
15. Juli: Der US-Politiker und Verbraucherschutzwalt [Ralph Nader](#) wirbt für die Finanztransaktionssteuer.
11. Juli: OECD-Steuerexperte [Jeffrey Owens](#) zufolge zahlen Banken effektiv weniger Steuern als in anderen Branchen. Sie hätten mehr Gestaltungsmöglichkeiten, um ihre Steuerlast zu reduzieren. Weiter sagt Owens: "Die Banken in Deutschland, Frankreich, Großbritannien oder den USA werden in den kommenden Jahren kaum Körperschaftsteuern zu entrichten haben. Viele Institute sitzen noch immer auf großen Verlusten, die sie in den kommenden Jahren abschreiben werden. Auf der anderen Seite machen viele Institute aktuell wieder beträchtliche Gewinne. Wenn sie dennoch kaum Steuern abführen, ist das politisch schwer zu verkraften." Durch Mängel im Steuervollzug entgingen den OECD-Staaten enorme Einnahmen. Es gehe dabei nicht um ein oder zwei, sondern um "viele, viele Milliarden Euro".
11. Juli: EU-Steuerkommissar [Semeta](#) spricht sich gegen die rasche Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus, liefert aber nur alte Argumente: die Wettbewerbsposition der europäischen Finanzplätze könne leiden, die Volatilität an den Finanzmärkten könne sich erhöhen.
5. Juli: Die neue belgische Ratspräsidentschaft kündigt an, bis zum Ende des Jahres eine EU-weite Einigung über die [Bankenbesteuerung](#) anzustreben. Dies meint jedoch zunächst die Bankenabgabe, die FTS soll aber auch geprüft werden.
3. Juli: Europa-Staatssekretärin [Nicola Beer](#) (FDP) wird vorgeworfen, in einer Ausschusssitzung eine Abstimmung über die Finanztransaktionssteuer manipuliert haben. Beer bestreitet, absichtlich manipuliert zu haben.
1. Juli: Statt auf eine globale Umsetzung zu warten, sei "es besser, auf europäischer oder auch auf nationaler Ebene Maßnahmen zu ergreifen", so Österreichs Bundeskanzler [Faymann](#). Österreich solle eine Pionierrolle einnehmen. Die Einnahmen aus der FTS seien jedoch für die nationalen Haushalte vorgesehen.

Kampagnenaktivitäten

Finanztransaktionssteuer beim Friedensfestival in Berlin:

Sven Giegold (MEP, Grüne) und Markus Henn (Attac/WEED) diskutieren die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer auf dem Friedensfestival in Berlin

Freitag, 6. August, 18-19 Uhr

Bühne am Alexanderplatz

www.friedensfestival.org

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac. Wenn Sie diesen